

## Anmerkungen zu den Positionspapieren der dbb-jugend vom Oktober 2018

### Allgemeines

Mit Hinweis auf das Motto der dbb-Bundesseniorenvertretung „Ob Jung, ob Alt – Zusammenhalt“ sieht sich diese auch in der Pflicht, die Anliegen der Jugend, besonders dort, wo es um „Generationengerechtigkeit“ geht, aufzugreifen und aus eigener Sicht zu unterstützen.

### A) Demographischer Wandel

1. Die Zukunftsbeschreibung erscheint realistisch.
2. Die Lösungsansätze sind nachvollziehbar.
3. "Familienfreundliches Arbeiten ausbauen" ist unterstützungswürdig. Entlastung bei der Besteuerung sollte gründlich erörtert werden, vielleicht mit einem Blick auf die Regelungen bei der Pflegeversicherung.
4. "Altersgerechte Arbeitsbedingungen schaffen" ist in allen Tätigkeitsfeldern sehr zu begrüßen. Der Ausbau der betrieblichen Altersvorsorge setzt eine umfassende und grundlegende Beratung voraus.

### B) Generationengerechtigkeit

#### I. Abwägung allen politischen Handelns

Die Feststellung, dass die künftigen Generationen in die heutigen, sie betreffenden Entscheidungsprozesse nicht eingebunden werden können, ist richtig. Auch die Tatsache, dass bei fortschreitender „Überalterung“ der Gesellschaft sich die politischen „Machtverhältnisse“ zu Ungunsten der nachfolgenden Generationen verschieben können. Die Forderung einer ökologisch nachhaltigen und generationengerechten Haushalts- und Finanzpolitik in Verbindung mit einem Demografie- bzw. Jugend- oder Zukunfts-Check zu verbinden, erscheint durchaus diskussionswürdig.

Die zukünftige Leistungsfähigkeit des Staates im Zusammenhang mit der Schuldenbremse bzw. der sogenannten „Schwarzen Null“ und den weiter notwendigen Investitionen zu betrachten, erfordert eine fachlich ausgerichtete und fundierte Erörterung, zumal wenn das Verschieben der Finanzierung auf die späteren Generationen vermieden werden soll.

#### II. Faire Alterssicherung

Die Forderung nach einer die Lebensleistung berücksichtigende und die Altersarmut vermeidende "Grundrente" ist unbedingt zu befürworten. Dazu sollten VBE und dbb die im Rentenpaket I und in der derzeitigen politischen Diskussion erkennbaren Ansätze nachdrücklich unterstützen. Es muss aber gefordert werden, dass die Finanzierung ausschließlich als Sozialleistung aus Steuermitteln erfolgt und als echte „Mindestrente“ alle unzureichenden Rentenergebnisse vermeidet, also ohne die Sozialhilfe zu beanspruchen. Die Anerkennung von Eltern- und Pflegeleistungen sollte gesondert zu einer entsprechenden Anzahl zusätzlicher Rentenpunkte führen.

Staatliche Anreize für private Vorsorge sind wichtig. Dazu muss die Riester-Rente aber familienbezogen noch stärker bezuschusst und deutlich besser organisiert werden. Der Ausbau der betrieblichen Vorsorge zur echten "Betriebsrente" erfordert dazu die unumgängliche Verpflichtung (vergl. Kfz.-Haft-Pflicht) und eine paritätische Finanzierung wie im übrigen Europa.

Wenn es um Alterssicherung geht, darf hier ein Hinweis auf die Beamtenversorgung nicht fehlen. Wenn dabei auch die Altersarmut nicht im Vordergrund steht, bleibt die Finanzierbarkeit der langfristig zu erwartenden Versorgungsverpflichtungen problematisch. Die Jugend sollte zusammen mit uns Älteren die Länder und die Kommunen dazu bewegen – wie bisher nur im Bund, in Bayern und im Saarland erfolgt – die langfristig anzulegenden Versorgungsberichte zu erstellen. Dabei sollte auch die entsprechende Rücklagenbildung zur späteren Finanzierung der Versorgungslasten als verpflichtend und verwendungssicher eingefordert werden.

### III. Öffentlicher Dienst der Zukunft

Die geforderte Attraktivitätssteigerung und die an Lebensphasen orientierte Personalplanung ebenso wie die jeweils moderne Arbeitsplatzgestaltung können wir nur unterstützen. Dass dabei die Abbildung der gesellschaftlichen Vielfalt und eine professionelle Nachfolgeregelung Beachtung finden sollen, halten wir für selbstverständlich.

Königswinter, Oktober 2019

gez.  
Max Schindlbeck  
Bundesseniorensprecher

gez.  
Gerhard Kurze  
stellvertretender Bundesseniorensprecher